



Eine Schande für Deutschland

Die erschreckende Bilanz zur Gewalt gegen Frauen kommentiert Anke Zimmer

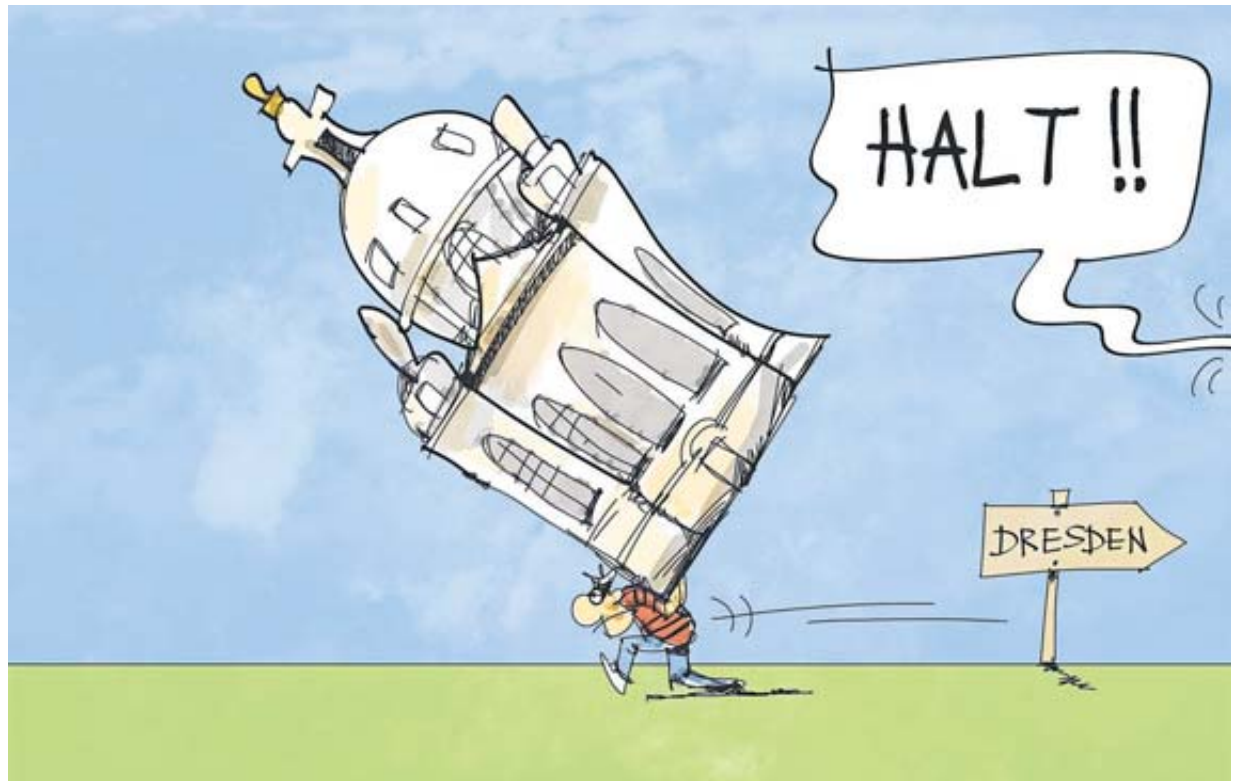
Die Zahl ist erschreckend. Rund 114 000 Fälle von partnerschaftlicher Gewalt gegen Frauen hat es 2018 in Deutschland gegeben, sagt das Bundeskriminalamt. Wohlge-merkt: 114 000 durch eine Anzeige bekannt gewordene Fälle. Über die Dunkelziffer der Taten, die aus Scham, Angst oder sonstigem gesellschaftlichen Druck geheim gehalten werden, mag man gar nicht erst nachdenken, sie wird um einiges höher liegen. Und es gibt nichts daran schönzureden: Das ist eine Schande für eine Gesellschaft, die sich modern und zivilisiert nennt.

Kein Geheimnis ist, dass die statistisch größte Gefahr für eine Frau nicht hinter einer dunklen Ecke lauert, sondern dort, wo sie sich geborgen und sicher fühlen sollte: im eigenen Heim. Kein Geheimnis ist auch, dass die statistisch größte Gefahr für eine Frau nicht von einem Fremden ausgeht, sondern von einem Mann, der sie zu lieben vorgibt. Umso verabscheuungswürdiger die Übergriffe, die von Demütigungen über Schläge bis hin zu Vergewaltigungen und Tötungen gehen. Und an die AfD gerichtet: Nein, das hat in der Mehrzahl nichts mit Zuwanderung und nicht-christlichen Religionen zu tun. Wohl aber mit einem reaktio-

nären Frauenbild, das sich noch immer nicht aus biblischen (die Frau sei dem Manne untertan) oder sonstwie gearteten antiquierten Rollenvorstellungen gelöst hat.

Natürlich ist die Regierung gefordert, ausreichend Schutzzräume für gepeinigete Frauen zu schaffen und die Gesetzeslage entsprechend zu schärfen, so dass es kein Vertun gibt: Wer seiner Partnerin oder Ex-Partnerin Gewalt antut, der begeht kein kleines Delikt, sondern eine Straftat. Unabhängig davon, ob der Täter nun ein hoch angesehener Arzt ist oder ein frustrierter Arbeitsloser, gehören sie gleichermaßen geahndet.

Allerdings dürfen grundlegende Präventivmaßnahmen nicht aus dem Blickfeld geraten. Denn Fakt ist: Bei Gewalt gegen Frauen handelt es sich nach wie vor um ein gesellschaftliches Problem, das auf allen Ebenen stattfindet. So wird der hoch dotierte Manager einfach mehr wertgeschätzt als die verantwortungsvolle Hausfrau, die hoch dotierte Managerin hingegen als Quoten-Karrieristin abgewatscht und der verantwortungsvolle Hausmann als glänzendes Vorbild umjubelt. Gleichberechtigung muss also nicht nur auf beruflicher Ebene her (Stichwort Quote), sie muss auch in den Köpfen der Menschen stattfinden. Nicht nur in denen der Männer, versteht sich.



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Bierdeckel-Erklärung wäre nicht gerecht

Dominika Langenmayr

erläutert, warum eine katholische Universität ein Steuer-Institut braucht, warum der Staat überhaupt Steuern erheben muss und wie sie zur Kirchensteuer steht.

An der Universität Eichstätt-Ingolstadt wurde ein neues Steuer-Institut gegründet. Warum braucht ausgerechnet eine katholische Uni ein „Research Institute for Taxation“?

Für unser Selbstbild ist es wichtig, dass wir zu gesellschaftlich relevanten Fragen Stellung nehmen – wissenschaftlich fundiert und vor dem christlichen Wertehintergrund. Steuern stehen in der öffentlichen Diskussion immer wieder im Fokus, oft auf polarisierte Weise. Daher halte ich es für wichtig, bei diesem Thema ethischen und moralischen Aspekten eine besondere Bedeutung beizumessen, die in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen nicht so stark angesprochen werden wie bei uns.

Ethik heißt auch ein Pflichtmodul Ihres Masterstudiengangs. Wie behandeln Sie diesen Themenkomplex?

Die Studierenden sollen steuerrechtliche Kenntnisse für den konkreten Job-Gebrauch erhalten, aber auch ein allgemeines steuerpolitisches Verständnis, um den Sinn hinter steuerlichen Regelungen zu verstehen. Ziel ist, nicht nur dem Wortlaut des Gesetzes zu folgen, sondern auch dem Geist dahinter. Das ist schon mal ein ethischer Ansatz. Das Ethik-Pflichtmodul lässt sich nun durch Wahlmöglichkeiten je nach Berufswunsch gestalten. So gibt es Angebote zu verantwortungsvollem Handeln in Unternehmen und zur Frage der staatlichen Ziele in der Steuerpolitik.

DAS AKTUELLE INTERVIEW



Dominika Langenmayr (33) ist seit 2016 Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Ihre Absolventen werden die Welt also zumindest in Steuer-sachen zu einer besseren machen?

Wir haben in der Tat den Anspruch, dass unsere Absolventen einmal nicht nur darauf achten werden, wie sich Steuern um jeden Preis minimieren lassen.

Warum eigentlich nicht, solange es legal ist?

Steuern sind für unser Zusammenleben notwendig. Es bräuhete auch in einer idealen Welt einen Staat, etwa als Garanten für Sicherheit und die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Straßen. Solche Güter werden vom Markt nicht ausreichend bereitgestellt, das muss der Staat übernehmen. Und ein Staat muss sich finanzieren.

Wenn es eine Welt ohne Steuern nicht geben kann – halten Sie dann wenigstens Friedrich Merz' Idee der Abgabenerklärung via Bierdeckel für realistisch?

Nein, höchstens in Schriftgröße 2. Das ist aber nicht tragisch, denn eine Bierdeckel-Erklärung wäre alles andere als gerecht.

Warum?

Unser Steuererklärungssystem ist so kompliziert und braucht daher Platz, weil es versucht, möglichst viele Sachverhalte abzubilden. Es will individuell möglichst fair sein. Wenn wir alles total vereinfachten, verschwände die Einzelfallgerechtigkeit. Gleichzeitig hat die jetzige Komplexität auch ungerechte Folgen: Leute mit viel Fachwissen oder genug Geld für einen Steuerberater profitieren davon. Andere dagegen – Menschen mit tendenziell geringerem Einkommen – wagen sich gar nicht erst an eine Steuererklärung, obwohl sie meist Geld zurückbekämen. Ein Mittelweg zwischen Bierdeckel und Ist-Zustand wäre daher gut.

Wie stehen Sie zur Debatte um ein mögliches Ende der Kirchensteuer?

Langfristig wird das Aufkommen vor allem aus demografischen Gründen zurückgehen, daher ist es ratsam, über Alternativen wie eine stärkere Spendenorientierung nachzudenken. Solange die Kirche indes so viele Wohlfahrtsaufgaben übernimmt, finde ich die Kirchensteuer sinnvoll.

Der Beste muss Maßstab sein

Claus Schöner zum **Bildungsrat**

Mit dem Ausstieg der beiden Südländer Bayern und Baden-Württemberg ist der Nationale Bildungsrat praktisch gestorben. Nachweinen muss man dem Rat aber nicht. Das Problem des deutschen Bildungswesens ist nicht, dass es zu wenig Gremien gibt.

Ziel muss es sein, alle Schulen in die Lage zu versetzen, die Schüler so zu fordern und zu fördern, dass sie Spitzenleistungen bringen können, statt sie mit Experimenten wie Schreiben nach Gehör zu malträtiertieren. Es gilt, für möglichst exzellente Lernbedingungen zu sorgen. Und da muss der Beste der Maßstab sein. Dann müssen alle Gymnasiasten die Chance bekommen, auch das beste Abitur zu machen. Damit gäbe es auch eine wirkliche Vergleichbarkeit. Doch daran ist vor allem jenen nicht gelegen, die nun über Bayern schimpfen. Denn so würde auffallen, dass in einigen Ländern das Abitur zu billig zu haben ist.

Krachend gescheitert

Marcus Sauer zu **Hongkong**

Regionalwahlen in einem fernen Teil der Welt interessieren hierzulande normalerweise wenig. Doch der Urnengang in Hongkong ist von überragender Bedeutung. Er sagt viel aus über den Zustand des Regimes in Peking und darüber, wie weit die Machthaber von ihrem Volk entfernt sind. Denn sie haben tatsächlich angenommen, von den Bürgern quasi die Legitimation für den harten Umgang mit den Protesten zu erhalten.

Sicherheit und Ordnung – damit haben sie versucht, die Wähler zu locken. Und sind krachend gescheitert: Während die chintreuen Kräfte 80 Prozent ihrer Mandate verloren haben, konnte die Demokratiebewegung den Anteil ihrer Sitze verdreifachen. Selbst wenn der Einfluss der Bezirksräte begrenzt ist: Schmerzhaft für China und seine Hongkonger Marionetten ist, dass unter den Wahlsiegern und Mandatsträgern sogar 21 Personen sind, die derzeit inhaftiert sind.

FRAGE DES TAGES

Sollte private Altersvorsorge Pflicht werden?

Auf ihrem Parteitag hat die CDU beschlossen, die ergänzende private Altersvorsorge notfalls mit staatlichem Druck zu „fördern“. Eine gute Idee?

Ja 38,1 %

Nein 61,9 %

Insgesamt 490 Teilnehmer (Auflösung der Frage vom Montag, Ergebnis nicht repräsentativ)

Die **TED-Telefonnummern** für die aktuelle Umfrage von Seite 1 lauten: für **Ja: 01379 79 00 81**, für **Nein: 01379 79 00 82**. Ihr Anruf wird bis heute, 18 Uhr, gezählt. Das Ergebnis der Umfrage erscheint in der nächsten Ausgabe. Ein Anruf aus dem Festnetz kostet 50 Cent. Mobilfunkpreise können abweichen.

DIE MEINUNG DER LESER

Wenn das Auto zur Waffe wird

Zum Artikel „Mordvorwurf: Haftbefehl gegen Raser“ (18. November, Seite 4).

Das Auto leistet gerade in der ländlichen Region jeden Tag einen unverzichtbaren Beitrag zu unserer persönlichen Freiheit. In diesem Bewusstsein sollte das Auto als reiner Gebrauchsgegenstand genutzt werden, um sicher und bequem von Ort A nach B zu gelangen.

Doch leider wird der Gebrauchsgegenstand Auto von Einzelnen als „Waffe“ missbraucht. Wenn Mitmenschen vorsätzlich zum Beispiel in einer Fußgängerzone, wie in Berlin oder Limburg bis hin zur Todesfolge angefahren werden und der schmerzliche Verlust eines Men-

schenlebens billigend in Kauf genommen wird. Ein solches Fahrverhalten, wie etwa auch innerstädtische Autorennen, verbreitet Angst und Schrecken, wobei wahllos an unschuldigen Menschen Mord begangen wird. Ebenso sind Opfer im Zuge wilder Verfolgungsjagden zu beklagen, die sich Polizeistreifen mit den Flüchtigen liefern. Womöglich ließen sich von Fall zu Fall durch Einsatz digital gestützter Observierungsmethoden oder weiträumiger Straßensperren mehr Menschenleben retten. Die deutsche Rechtsprechung verurteilt in der Regel Raser nicht wegen Mordes und jeder Richter sollte sich einmal selbst die Frage stellen, ob er mit seinen milden Urteilen die Verhältnismäßigkeit gewahrt sieht. Das Auto wird dann zu einer „Waffe“.

**Friedrich Meister
Bad Salzschlirf**

PRESSESTIMME

THE TIMES Klare Perspektive

Die Londoner „Times“ schreibt zu Boris Johnson:

Historiker werden kaum etwas über das von Boris Johnson vorgestellte Wahlprogramm schreiben. Da gab es kaum große Ideen und, in Wahrheit, auch kaum große Strategien. Gleichwohl präsentierte der Premierminister dem Land eine klare Perspektive. Das Angebot der Konservativen ist ein dreifaches: Rasch die EU verlassen, mehr Geld für den öffentlichen Dienst ausgeben und Steuern senken. Das mag keine Revolution sein. Aber es gibt bei dieser Wahl schon genug Revolutionäre. Auf allen drei Gebieten sind die Unterschiede zwischen Konservativen und Labour klar und deutlich.